

04.06.2018

Aufbruch für Europa – Zeit zu handeln

Deutschland braucht die Europäische Union. Ihr dauerhafter Bestand ist von existentiellern Interesse für unser Land. Unser wirtschaftlicher Erfolg fußt auf dem Binnenmarkt und der Währungsunion, unser außenpolitischer Einfluss auf die Einbindung in die Europäische Union und das gemeinsame Handeln durch sie. Die Europäische Union bedeutet für ihre Mitgliedstaaten einen Gewinn an Souveränität, keinen Verlust. Nur durch eine geeinte und mit einer Stimme sprechende EU können die europäischen Nationalstaaten Einfluss und Handlungsspielräume zurückgewinnen, die sie in Zeiten von Globalisierung, Digitalisierung und aufstrebenden Schwellenländern verloren haben.

Gleichzeitig verändert sich die Welt in einem rasanten Tempo. Die bisherige internationale Weltordnung löst sich auf. Einerseits verschieben sich die Schwerpunkte wirtschaftlicher Dynamik und damit politischer Macht Richtung Asien. Andererseits verabschieden sich die USA unter Präsident Trump bewusst von der zentralen Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses. Damit steigen die Risiken von Tag zu Tag: ein möglicher, durch die USA ausgelöster Welthandelskonflikt oder das durch die amerikanische Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran gestiegene Risiko eines militärischen Konflikts im Nahen Osten stellen ernste Gefahren, auch für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und der Europäischen Union, dar.

Die Zukunft unseres Landes ist untrennbar mit der Zukunft der Europäischen Union verbunden. Eine ihrer zentralen Säulen ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Trotz unbestreitbarer Mängel ist und bleibt die gemeinsame Währung richtig. Wir wollen den Erfolg des Euros. Die Währungsunion und die bereits unternommenen Reformen haben Deutschland wirtschaftlich gestärkt und Arbeitsplätze gesichert. Deutsche Exporte profitieren von den festen Wechselkursen innerhalb der Eurozone und vom einheitlichen Wechselkurs gegenüber Drittstaaten. Der Bundeshaushalt konnte auch dank der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank ohne neue Schulden auskommen. Seit 2007 hat der Bundesfinanzminister Schätzungen zufolge mehr als 250 Milliarden Euro an Zinsen gespart.

Deshalb ist die Nettozahler-Diskussion um den EU-Haushalt verfehlt. Es ist ein Märchen, Deutschland wäre der alleinige Zahlmeister. In den gemeinsamen EU-Haushalt zahlen Schweden und die Niederlande pro Kopf mehr ein als Deutschland. Und auch Frankreich trägt über 8 Mrd. Euro mehr zum gemeinsamen Haushalt bei, als es zurückerhält. Der fundamentale Fehler des Denkens in Nettosalen liegt aber darin, die Vorteile der Europäischen Union unberücksichtigt zu lassen. Deutschland erzielt dank seiner Mitgliedschaft jährlich ein um einen halben Prozentpunkt höheres Wirtschaftswachstum.

Die Finanzkrise hat Schwächen der Wirtschafts- und Währungsunion offen gelegt. Es wurde bereits vieles unternommen, um diese zu beheben. Wer jetzt aber fordert, auf halbem Weg stehen zu bleiben oder sogar umzukehren, beschwört eine Wiederkehr der Krise herauf. Wer

allein vom hohen Ross herab von anderen Mitgliedstaaten die Erledigung von „Hausaufgaben“ verlangt, handelt kurzsichtig. Deutschland hat ein fundamentales Interesse daran, dass es auch den anderen Ländern gut geht.

Zu viele Aufgaben in der Krisenbewältigung hat bis jetzt die Europäische Zentralbank tragen müssen. So wirkungsvoll ihr Handeln war, erzeugt ihre Geldpolitik aber unerwünschte Nebenwirkungen. Sie führt bei Sparern zu Frustration, weil Geldanlagen kaum nominale Erträge bringen – auch wenn vergessen wird, dass zu Zeiten der D-Mark die Realzinsen häufig negativ waren. Kreditnehmer, etwa bei Immobilienkrediten, freuen sich hingegen über die extrem niedrigen Zinssätze, die aber mindestens regional zu einem scharfen Anstieg von Haus- und Wohnungspreisen geführt haben. Auch bei anderen Anlagenformen besteht die Gefahr einer Vermögenspreisinflation.

Die EZB hat begonnen, ihre Geldpolitik zu normalisieren. Dies muss von politischen Reformen begleitet werden, die schrittweise die bislang von der EZB geschulterten Maßnahmen ersetzen und die Eurozone krisenfest machen. Begonnene Arbeiten müssen abgeschlossen, neue Projekte angepackt werden. Dazu besteht jetzt eine so gute Gelegenheit, wie sie es vielleicht bald nicht mehr gibt. Das Wirtschaftswachstum ist in allen Mitgliedstaaten robust, die Arbeitslosenzahlen sinken kontinuierlich. Mit Präsident Macron haben wir im wichtigsten Partnerland Deutschlands einen starken Verbündeten für Fortschritt in Europa, der wichtige Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Union vorgelegt hat.

Gleiches gilt auch für die EU-Kommission. Im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU haben wir ein fortschrittliches und ambitioniertes Grundgerüst für Reformen in Europa und einen neuen Aufbruch für Europa verankert. Diesen Rahmen wollen wir nun mit Leben füllen und weiter konkretisieren. Schritt für Schritt und in enger Abstimmung mit unseren europäischen Partnern wollen wir praktische Fortschritte für die EU und mehr Zusammenhalt in der Eurozone erreichen.

I. Wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum in der Eurozone voranbringen

Auch wenn das Wirtschaftswachstum zugenommen hat, bleibt die Eurozone unter ihren Möglichkeiten. Der Prozess der wirtschaftlichen Angleichung der Mitgliedstaaten ist ins Stocken geraten. Zudem hat die Finanzkrise zu einer markanten Delle im Wohlstandsniveau geführt, die es wieder aufzufüllen gilt. Gleichzeitig hat die Eurozone immer noch nicht die fiskalischen Mittel, um auf einen – insbesondere asymmetrischen – Schock zu reagieren.

Um diesen Mängeln zu begegnen, wollen wir wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum in der Eurozone voranbringen. Kurzfristig soll dieses Ziel wie im Koalitionsvertrag vereinbart über eurozonen-bezogene Mittel im EU-Haushalt unterstützt werden, wofür im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ausreichend Mittel vorzusehen sind. Langfristig sollte eine solche, in den EU-Haushalt integrierte Fiskalkapazität der Eurozone durch eine auf EU-Ebene beschlossene, jeweils mitgliedstaatlich verwaltete, neue Finanzierungsquelle gespeist werden.

Diese Haushaltsmittel für die Eurozone sollten insbesondere zwei Kernaufgaben übernehmen: im Regelfall werden damit durch finanzielle Anreize mitgliedstaatliche Strukturreformen unterstützt, die gemeinschaftlich als wachstumsfördernd erkannt worden sind. In Krisenzeiten sollten diese Mittel darüber hinaus zur Stabilisierung der Eurozone beitragen können, etwa indem sie – unter klar definierten Bedingungen – öffentliche Investitionen der Mitgliedstaaten unterstützen.

II. Die soziale Dimension stärken

Der gemeinsame Binnenmarkt ist eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integration und trägt wesentlich zu Wachstum und Wohlstand in Deutschland und Europa bei. Zugleich muss der Wettbewerb im Binnenmarkt durch europäische Regeln auf sozialen Fortschritt verpflichtet sein. Nur mit gemeinsamen Regeln kann eine Spirale von Lohn-, Sozial- und Steuerdumping verhindert werden. Mit der Einführung einer Gemeinschaftswährung ist der Wechselkurs als Instrument zur Abfederung unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklungen entfallen. Es muss verhindert werden, dass alleine die Lohnpolitiken als Anpassungsinstrument dienen. Deshalb muss die soziale Dimension der EU gestärkt werden: einerseits mit einem Koordinationsrahmen für nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gestaffelte Mindestlöhne in Europa und andererseits mit einem Rahmen für Systeme der nationalen Grundversicherung. So kann ein Grundmaß an sozialer Konvergenz erreicht werden. Auch muss das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort über die erreichten Fortschritte im europäischen Entsenderecht hinaus konsequent als Grundprinzip in die europäische Gesetzgebung integriert werden. Zudem muss die im vergangenen Jahr auf sozialdemokratische Initiative hin beschlossene Europäische Säule sozialer Rechte mit Leben gefüllt und in ein verbindliches soziales Aktionsprogramm der EU überführt werden. Ein solcher Sozialpakt für Europa garantiert den sozialen Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Europa und sorgt für mehr Gerechtigkeit im europäischen Binnenmarkt.

III. Steuervermeidung bekämpfen

Ein investierender Staat, der auch seiner sozialen Schutzfunktion nachkommen kann, erfordert eine solide Einnahmehasis. Trotz aller Maßnahmen gegen Steuerdumping kann der Binnenmarkt nach wie vor zu einer zwar legalen, aber schädlichen Steuervermeidung missbraucht werden. Deshalb müssen die Binnenmarktregeln um eine Mindestharmonisierung bei der Unternehmensbesteuerung ergänzt werden. Wir halten am Ziel einer gemeinsamen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und ihrer späteren Konsolidierung fest. Gleichzeitig mit der Harmonisierung der Bemessungsgrundlage müssen Mindeststeuersätze eingeführt werden, um sicherzustellen, dass große Unternehmen ihren gerechten Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Deutschland und Frankreich müssen mit einer Initiative vorangehen, nötigenfalls als bilaterales, für andere aber offenes Projekt, falls einige Mitgliedstaaten weiter zögerlich sind. Insbesondere wollen wir auch eine gerechte Besteuerung der großen Digitalkonzerne in Europa vorantreiben und erste Schritte hierfür möglichst zeitnah einleiten. Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Weg der verstärkten Zusammenarbeit wollen wir den spekulativen Einsatz von Derivaten und sonstigen Finanzinstrumenten dämpfen. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass der Finanzsektor einen Beitrag zur Bewältigung der durch ihn mit ausgelösten Krise leistet.

IV. Die Bankenunion vollenden

Das Ziel der Bankenunion bleibt, die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken aufzulösen, so dass aus einer Bankenkrise nicht wieder eine Staatsschuldenkrise werden kann und umgekehrt. Dies ist im elementaren gemeinsamen Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und Europa, um Ansteckungsgefahren in künftigen Krisen zu minimieren und zu verhindern, dass Bankenpleiten durch Steuergeld aufgefangen werden müssen.

In den zurückliegenden Jahren seit Ausbruch der Finanzkrise ist es bereits gelungen, wesentliche Pfeiler der Bankenunion aufzubauen. Dies betrifft den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM), in dem die EZB die Aufsicht über systemrelevante Banken der Eurozone ausübt. Zudem wurde im Rahmen des Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) eine Haftungskaskade eingerichtet, die im Falle einer Bankenpleite eine vorrangige Beteiligung von privaten Anteilseignern und Gläubigern vorsieht. Mit dem im Aufbau befindlichen Banken-Abwicklungsfonds, der sich aus Abgaben der Banken speist, besteht ein weiteres Instrument, um die Haftungsrisiken für die Steuerzahler zu minimieren. Zugleich wurden bereits wichtige Schritte zur Risikoreduzierung im Bankensektor eingeleitet, so zuletzt die Verständigung der europäischen Finanzminister auf das sogenannte Banken-Paket für erhöhte Verlustpuffer von Banken im Krisenfall. Wir hoffen, dass das Europäische Parlament eine rasche Annahme des Bankenpakets auf der Grundlage dieser Einigung ermöglicht.

Um das europäische Abwicklungsregime zu komplettieren, soll nach den bereits getroffenen europäischen Beschlüssen als letzter, noch offener Baustein eine Letztsicherung für den Banken-Abwicklungsfonds eingerichtet werden. Wir halten es für sinnvoll, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) diese Aufgabe zeitnah übernimmt. Die Letztsicherung stünde ganz am Ende der Haftungskaskade und würde nur zum Einsatz kommen, wenn alle anderen vorherigen Sicherungen bereits ausgeschöpft wären. Da der Banken-Abwicklungsfonds durch Einzahlungen der Banken gefüllt wird und vom ESM gegebenenfalls bereitgestellte Kredite von der Bankenindustrie zurückgezahlt werden müssten, ist diese Lösung unter dem Strich haushaltsneutral und belastet Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht. In diesem Zusammenhang erwarten wir von unseren europäischen Partnern, dass sie die steuerliche Abzugsfähigkeit der Bankenabgabe beenden. Die Sozialdemokratie hat 2014 hart dafür gekämpft, dass die deutschen Banken die Abgabe nicht von der Steuer absetzen können; dies ist leider noch nicht europaweit der Fall.

Ein mittelfristiges Projekt sind die Arbeiten an einer europäischen Einlagensicherung. Klar ist: Voraussetzung für den schrittweisen Aufbau einer Einlagensicherung ist eine weitere Risikoreduzierung im Bankensektor. Anknüpfend an die jüngsten Beschlüsse zum Banken-Paket sind die Arbeiten hieran im konstruktiven Dialog mit unseren europäischen Partnern zügig weiter fortzuführen. Nach einer substanziellen Reduzierung der Risiken in den Bankbilanzen könnte als nächster Schritt ein Rückversicherungssystem eingeführt werden, das auf risikogewichteten Beiträgen der Banken beruht.

V. Europas Herausforderungen bewältigen

Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die in der globalen Welt von heute sinnvoll nur durch die Europäische Union erfüllt werden können.

Ein wirksamer Außengrenzschutz sorgt beispielsweise dafür, dass frühzeitiger tatsächlich Schutzbedürftige erkannt und ihnen geholfen werden kann, während Menschenschmuggler, die mit dem Schicksal von Flüchtlingen Geschäfte machen, besser verfolgt werden können. Koordinierte außen- und entwicklungspolitische Strategien erleichtern die Bekämpfung von Fluchtursachen. Mit gemeinsamen Forschungsprojekten sichern wir die Zukunft der Europäischen Union als wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft. Durch Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung erzielen wir mehr Effizienz bei Militärausgaben.

Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auch klar dazu bekannt: Wir sind zu höheren Beiträgen in den europäischen Haushalt bereit, auch um die durch den Brexit entstehenden Lücken zu schließen. Unser Ziel ist dabei zugleich ein europäischer Zukunftshaushalt mit

Schwerpunkten auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Innovation oder in eine starke gemeinsame Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik der EU. All diese Aufgaben erfordern ausreichende Mittel. Die Haushalte der Mitgliedstaaten benötigen den Spielraum, den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union auskömmlich auszustatten. Gleichzeitig muss der europäische Haushalt stärker auf die gemeinsamen Zukunftsaufgaben ausgerichtet und Unterstützungen in traditionellen Bereichen überprüft werden.

VI. Den institutionellen Rahmen weiterentwickeln

Die aus der Situation der akuten Finanzkrise in den letzten Jahren geborenen, neuen Institutionen und Verfahren haben zu Beeinträchtigungen bei Effizienz und Legitimität der europäischen Politik geführt. Deshalb bleibt das Ziel richtig, die Governance der Eurozone unter einem einheitlichen Rahmen zu konsolidieren. Dies ist eine mittelfristige Aufgabe, was aber nicht daran hindert, bereits jetzt mögliche Verbesserungen zu erreichen.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus sollte in einen Europäischen Währungsfonds überführt werden, der mittelfristig im Unionsrecht zu verankern ist. Die Rechte des Bundestages sind dabei in Übereinstimmung mit den grundgesetzlichen Vorgaben sicherzustellen. Ziel muss es sein, mit einem weiterentwickelten ESM künftig die Handlungsfähigkeit Europas bei der Prävention und der Bewältigung von Krisen im Euroraum zu stärken. Dazu muss der ESM bzw. künftige EWF zusätzliche Instrumente erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch die Entscheidung über die Nutzung des ESM als Letztsicherung für die Bankenunion zu treffen.

Auch wollen wir die Rechte des Europäischen Parlamentes in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion stärken, etwa durch eine Berichtspflicht des ESM bzw. EWF. Perspektivisch kann auch der Posten eines europäischen Finanzministers dazu beitragen, eine besser abgestimmte europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erreichen sowie auch effektiver gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung in Europa vorzugehen.

Mit der Entlastung der Europäischen Zentralbank kann sie sich auf ihre geldpolitischen Kernaufgaben konzentrieren. Die gegenwärtig von ihr übernommenen Funktionen im Rahmen der Bankenaufsicht sollten auf eine eigenständige, unabhängige EU-Aufsichtsbehörde übertragen werden.

Wir wissen: Die Interessengegensätze sowie politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten in Europa sind teils erheblich. Resignation wäre aber die falsche Reaktion. Gerade jetzt ist es umso wichtiger, alle Kraft darauf zu verwenden, Europa und den europäischen Zusammenhalt zu stärken. Um den Menschen zu zeigen, dass ein handlungsfähiges Europa in ihrem Interesse ist und um Europa für die Herausforderungen in einer unsicherer gewordenen Zeit zu wappnen.